



# Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft  
- Presse- und Informationsabteilung -  
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin  
E-Mail: [info@botschaft-frankreich.de](mailto:info@botschaft-frankreich.de)  
Internet: [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de)

2011

---

## **Rede des Ministers für auswärtige und europäische Angelegenheiten Alain Juppé anlässlich der Konferenz der deutschen Botschafter**

**Berlin, 29. August 2011**

Sehr geehrter Herr Minister, lieber Guido,  
sehr geehrte Damen und Herren Botschafterinnen und Botschafter,

meine Damen und Herren, ich möchte zunächst Dir, lieber Guido, für Deine Einladung hierher und für Deine Begrüßungsworte danken. Wir arbeiten jetzt seit mehreren Monaten zusammen. Das Verhältnis zwischen uns ist ausgezeichnet. Und ich freue mich, dass wir persönliche, freundschaftliche, vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut haben; das ist wichtig. Ich habe mich sehr gefreut, Dich in Bordeaux begrüßen zu dürfen, und ich freue mich, hier mit Ihnen allen in Berlin zu sein. Ich freue mich, an der deutschen Botschafterkonferenz teilzunehmen. Du hast netterweise daran erinnert, dass ich mir 1993, im Rahmen einer umfassenden Reform des Quai d'Orsay, die ich damals angestoßen hatte, eine solche Botschafterkonferenz vorgestellt hatte, wobei ich von einer einfachen Feststellung ausging: Unsere Botschafter sind per definitionem überall in der Welt verstreut und sehen sich nicht oft. Ich dachte, wenn man ihnen Gelegenheit gibt, sich zu treffen, sich untereinander, mit ihren Ministern, mit den politischen Entscheidungsträgern auszutauschen, dann wäre das sicherlich eine gute Art, sie anzuspornen. Ich freue mich, dass diese Initiative in Frankreich seit 1993 fortgesetzt wird und dass seither Botschafterkonferenzen wie hier in Deutschland entstanden sind.

Dies ist für mich die Gelegenheit, daran zu erinnern, dass eine gute Außenpolitik in erster Linie eine gute politische Sicht der Dinge ist und dass es den politisch Verantwortlichen obliegt, dieser Sicht Ausdruck zu verleihen, wie ich es gerade mit Blick auf Deutschland getan habe. Es ist allerdings auch ein leistungsstarkes diplomatisches Werkzeug, und aus diesem Grund müssen wir der Modernisierung, der Anpassung, dem diplomatischen Ansporn auch größte Bedeutung beimessen. Oft sage ich den Franzosen, wenn sie manchmal betrübt sind, weil der Haushalt nicht so ist, wie er sein sollte, weil man sich manchmal fragt, ob in Zeiten des Internet und der viel zitierten „ständigen“ Gespräche zwischen den Staatschefs die Botschafter überhaupt noch eine Rolle spielen? Ja, sie spielen eine Rolle. Sie, meine Damen und Herren, üben einen sehr schönen Beruf aus. Und deshalb ist es für mich eine große Freude, heute bei Ihnen zu sein.

Ich freue mich umso mehr hier zu sein, als sie für ihre Konferenz ein Thema ausgewählt haben, falls ich richtig informiert bin, das mir besonders zeitgemäß erscheint: „Deutschland und die Vereinten Nationen – die Vereinten Nationen und die Zukunft globaler Ordnungspolitik“. Ich sehe darin ein starkes Zeichen für die Bedeutung, die wir auf beiden Seiten des Rheins der Rolle des deutsch-französischen Paares als treibende Kraft beimessen, sowie für unseren gemeinsamen Willen, zusammen die Herausforderungen zu meistern, vor die uns eine ständig sich wandelnde Welt stellt. Drei dieser großen Herausforderungen möchte ich hier hervorheben: die Reform der globalen Ordnungspolitik, die Veränderungen rund ums Mittelmeer, die ich den Erfolg des „arabischen Frühlings“ nennen möchte, und die europäische Integration.

**Die Reform der globalen Ordnungspolitik bildet, wie Sie wissen, eine der Prioritäten des französischen G20-Vorsitzes.**

Seit 1990 gab es immer wieder Krisen in der Welt, man zählt über 40 Finanz- und Währungskrisen, ganz zu schweigen von den Nahrungsmittel- und Energiekrisen, alle möglichen weltweiten Ungleichgewichte und nicht zu vergessen den Klimawandel.

Um diesen Krisen zu begegnen, ist eine effizientere Steuerung auf globaler Ebene erforderlich und müssen die Synergien zwischen den Organisationen und ganz besonders zwischen den Vereinten Nationen und der G20 weiterentwickelt werden.

Die G20 ist befugt und in der Lage, angesichts weltweiter Finanz- und Wirtschaftskrisen zu entscheiden und zu reagieren. Sie hat ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, für Kohärenz zwischen den politischen Maßnahmen zu sorgen und den wirtschaftlichen Akteuren Impulse zu verleihen. Nun muss sie beweisen, dass sie in der Lage ist, ihren Beitrag zum Aufbau einer besser regulierten Welt zu leisten.

Um dies zu erreichen, müssen wir einem sehr pragmatischen Ansatz folgen, der auf vier Grundsätzen fußt:

- Erstens, Effizienz: Wir müssen die Reform der internationalen Organisationen fortsetzen. Die Agrarminister der G20 haben im Juni den Vorschlag eingebracht, im Rahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) einen Mechanismus zum schnellen Eingreifen bei Nahrungsmittelkrisen zu schaffen. Angesichts der aktuellen Hungersnot am Horn von Afrika wäre ein Scheitern dieser Reform nicht nachvollziehbar.
- Zweitens: eine bessere Verantwortungsteilung. Dies bedeutet insbesondere, den neuen wirtschaftlichen Realitäten auf internationaler Ebene Rechnung zu tragen, nicht nur damit die Schwellenländer und die großen Wirtschaftsmächte ihren Platz in den internationalen Organisationen voll ausfüllen können, sondern auch um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte besser geltend zu machen und ihren Pflichten besser nachzukommen.
- Drittens: Kohärenz. Wir müssen die großen internationalen Organisationen dazu anhalten, zusammenzuarbeiten, so wie es die G20 in verschiedenen Bereichen bereits tut – ich denke unter anderem an die Zusammenarbeit mit der Welthandelsorganisation und der Internationalen Arbeitsorganisation in Sachen Wirtschafts- und Handelsstandards.
- Viertens: mehr Transparenz, insbesondere gegenüber den Vereinten Nationen, beispielsweise durch die Organisation von Informationssitzungen über die G20 in der Generalversammlung.

Die Vereinten Nationen sind die Weltinstitution zur Gewährleistung der internationalen Legitimität. Mit den Institutionen von Bretton Woods und den Sonderorganisationen, den Agenturen, Fonds und Programmen verfügen die VN über die notwendige Expertise zur Behandlung globaler Fragen.

Heute gilt es für die VN, bedeutende Reformanstrengungen zu unternehmen, um, wie du gesagt hast, lieber Guido, den heutigen Stand der internationalen Beziehungen besser widerzuspiegeln. Wie Deutschland ist auch Frankreich für eine Stärkung der Legitimität und der Effizienz des Systems der Vereinten Nationen. Sowohl diesem Ziel als auch den in dieser Form nie dagewesenen Haushaltszwängen, vor denen unsere beiden Länder stehen, entspringt unsere gemeinsame Forderung nach Verwaltungsdisziplin und Fortsetzung der Reformen.

Wir können natürlich die Koordinierung verbessern, aber wir müssen auch die Architektur des Gesamtsystems überdenken, dessen Aussichten, was die finanzielle Tragfähigkeit betrifft, äußerst kritisch sind. Die Fonds und Programme wieder auf ihren Schwerpunkt konzentrieren, Doppelstrukturen und doppelte Arbeit vermeiden, zusammenlegen, auflösen, Ausgaben und Personal begrenzen, die Führung verbessern: Das sind die Wege, die wir gemeinsam beschreiten müssen.

Das heißt nicht Stillstand, ganz im Gegenteil. Die Organisation der Vereinten Nationen muss vor allem die nachhaltige Entwicklung stärker einbeziehen. In dieser Hinsicht stellt die Konferenz Rio+20 im Juni 2012 einen wichtigen Schritt in Richtung Schaffung einer Weltumweltorganisation dar – ein Bereich, in dem die internationale Steuerung noch zu wünschen lässt. Unsere beiden Länder sind Initiatoren dieses Projekts. Wir müssen unsere Partner mitziehen, um in dieser Richtung voranzukommen.

Es wird jedoch keine Reform der Organisation der Vereinten Nationen ohne eine Reform des Sicherheitsrats geben. Der Sicherheitsrat bildet nach wie vor das Herzstück des internationalen Lebens, denn er erfüllt eine einzigartige Mission: Er sorgt für Frieden und Sicherheit in der Welt und für die Anwendung des internationalen Rechts. Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu sein bedeutet eine tragende Rolle in der Welt und große Verantwortung. Dieses Jahr gab es eine Herausforderung nach der anderen, sei es Sudan, Côte d'Ivoire, Libyen oder Syrien.

Eine unserer Prioritäten muss sein, die Reform, die in einer Sackgasse steckt, wieder in Gang zu bringen, jetzt da die Verhandlungen in der Generalversammlung festgefahren sind. Diesbezüglich ist Frankreichs Haltung unverändert: Wir unterstützen die G4 und darin besonders Deutschland. Dies haben wir im Frühjahr deutlich gemacht, u. a. indem wir bei unseren afrikanischen Partnern dafür geworben haben. Ferner haben wir gemeinsam mit den Briten einen Entwurf für eine Interimsreform ausgearbeitet, welche die Parameter einer definitiven Reform des Sicherheitsrats zu „testen“ ermöglichen würde. Aber dieser Vorschlag stellt keine Konkurrenz für die G4 dar und wir werden keinerlei Initiative ergreifen, wenn die G4 keine diesbezügliche Anfrage formuliert.

Schließlich müssen Frankreich und Deutschland die Europäische Union dabei unterstützen, sich als einer der wichtigsten Akteure innerhalb der Vereinten Nationen zu behaupten: nicht nur als Beitragszahler (die EU stellt 40 % des ordentlichen Haushalts und über die Hälfte der freiwilligen Beiträge), sondern auch indem sie ihrer Stimme, unserer Stimme, mehr Gehör verschafft und nicht zögert, für unsere Werte und unsere Ideale zu werben. Die schwierige Auseinandersetzung im Laufe des vergangenen Jahres um die Erlangung eines gestärkten Beobachterstatus in der Generalversammlung zeigt, dass noch nichts gewonnen ist und dass unser gemeinsamer Wille von entscheidender Bedeutung sein wird.

**Die zweite Herausforderung, die wir gemeinsam im Rahmen der G8, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen zu meistern haben, besteht in der Begleitung des derzeitigen sagenhaften Umbruchs in der arabischen Welt.**

Wie ein Lauffeuer hat sich dieses Freiheitsstreben in allen Ländern am südlichen Ufer des Mittelmeers, von Tunesien bis nach Ägypten, von Marokko bis nach Libyen, von Syrien bis nach Jemen oder nach Bahrain ausgebreitet. Jede Situation ist besonders, jeder Fall ist einzigartig.

Doch alle sind Teil ein- und derselben Bewegung, desselben durch die Völker und vor allem die Jugend zum Ausdruck gebrachten Strebens nach Menschenwürde, nach Freiheit und Demokratie, jenen Werten, die auch wir hochhalten, wir Europäerinnen und Europäer, in Deutschland und in Frankreich.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass der Weg zur Demokratie lang und voller Tücken ist. Natürlich besteht die Gefahr des Abgleitens und der Gewalt. Natürlich scheuen Revolutionen, weil sie nichts anderes als Umbruch bedeuten, immer auch das Schreckgespenst Chaos auf. Doch dieser „arabische Frühling“ birgt in erster Linie eine enorme Hoffnung. Sie haben die Bleidecke durchbrochen, welche die arabische Welt in einer falschen Alternative zwischen Diktatur und Fundamentalismus gefangen hielt. Sie haben die Region für Rechtsstaatlichkeit und Modernität geöffnet.

Es ist an uns, die Völker auf diesem Weg zu begleiten, nicht indem wir ihnen Lektionen erteilen oder unsere Rezepte liefern, sondern indem wir die Früchte unserer Erfahrungen mit ihnen teilen, wie wir es mit Ägypten und Tunesien gemacht haben.

Es ist an uns, Verantwortung zu übernehmen, um die Zivilbevölkerung zu schützen, die Opfer der Brutalität, der Barbarei und des Zynismus blutrünstiger Regime geworden sind, welche sich weigern, Reformen einzuleiten. In dieser Hinsicht ist unsere Rolle im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und in der Europäischen Union von zentraler Bedeutung.

- Das haben wir in Libyen gesehen, das gerade das Ende eines der ältesten diktatorischen Regime der Welt erlebt (842 Jahre), nach einem monatelangen Konflikt, wo nur durch eine militärische Intervention der Staatengemeinschaft ein wirkliches Blutbad verhindert werden und – im Rahmen des internationalen Rechts – die bedrohte Zivilbevölkerung geschützt werden konnte.
- Das sehen wir in einem anderen Kontext auch in Syrien, wo die Europäische Union trotz der festgefahrenen Situation im Sicherheitsrat deutlich gemacht hat, dass sie nicht untätig zuschaut, sondern nacheinander fünf Sanktionspakete verabschiedet hat.

Und schließlich ist es an uns, langfristig dafür einzutreten, dass in dieser Region, die die Mittel dazu hat, ein weitreichender Raum des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands entsteht.

*Wir setzen viel Hoffnung in die „Deauville-Partnerschaft“*, die der Tatsache zu verdanken ist, dass der „arabische Frühling“ auf die Agenda der G8 gesetzt wurde: Dies ist einer der wichtigsten Erfolge des Gipfeltreffens in Deauville am 26./27. Mai. Wieder einmal haben es unsere beiden Länder vermocht, den Herausforderungen auf Augenhöhe zu begegnen. Wieder einmal ist es ihnen gelungen, sich selbst und ihre Partner zu mobilisieren, um eine sowohl politische als auch wirtschaftliche Antwort auf die Bestrebungen der arabischen Völker zu liefern.

Bisher haben Tunesien, Ägypten, Marokko und Jordanien bereits ihren Wunsch bekundet, der Partnerschaft beizutreten. Weitere Länder aus der Region, die nicht der G8 angehören, sind ebenfalls vollwertige Mitglieder: Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und die Türkei.

Finanziell gesehen ist das in Deauville beschlossene Engagement der G8 und ihrer Partner für die Reformen in der Region beispiellos:

- durch die angekündigte umfangreiche finanzielle Hilfe – 40 Milliarden Dollar für Tunesien und Ägypten, abgesehen von möglichen weiteren Aufwendungen für andere Empfängerländer;
- durch das Mitwirken neuer Akteure, namentlich der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), deren Mandat auf das südliche Ufer des Mittelmeers ausgeweitet wurde;

- durch die Mobilisierung und Koordinierung der internationalen Finanzinstitutionen in Gestalt einer gemeinsamen Handlungsplattform.

Diese Partnerschaft bedarf nun einer schnellen konkreten Umsetzung: Der demokratische Übergang in Ländern wie Tunesien und Ägypten wird erst dann wirklich Fortschritte machen, wenn wir den wirtschaftlichen Zusammenbruch dieser Länder verhindern.

Aus diesem Grund habe ich Sie, sehr geehrter Herr Minister, lieber Guido, gemeinsam mit unseren Amtskollegen der G8-Länder sowie der Mitgliedsländer der Deauville-Partnerschaft zu einem Treffen am 20. September 2011 am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eingeladen. Dies wäre die Gelegenheit, um eine Erklärung zu verabschieden, die den politischen und wirtschaftlichen operativen Rahmen der Deauville-Partnerschaft festschreibt: Umfang, Organisation, Kontrollmodalitäten.

*Für ein langfristiges Vorgehen* kommt der Europäischen Union ebenfalls eine entscheidende Rolle im Umgang mit denjenigen Ländern und Völkern zu, die eine wahrhafte Schicksalsgemeinschaft mit uns bilden und die unsere engen Nachbarn und natürlichen Partner sind.

- Angesichts der Krisen in Libyen und Syrien hat die EU schnellen Einsatz gezeigt: durch humanitäre Maßnahmen, die Verabschiedung eigener Sanktionen und die Erarbeitung eines Beitrags zur Stabilisierung Libyens. Im Rahmen der Kontaktgruppe müssen unsere beiden Länder Libyen die Mittel zur Verfügung stellen, um seine Zukunft vorzubereiten.
- Die Rolle der EU in der Region muss in eine Stärkung der südlichen Dimension ihrer Nachbarschaftspolitik eingebunden werden. Neben der massiven Unterstützung, die sie leisten muss, um den Übergang auf der Ebene der demokratischen und wirtschaftlichen Reformen sowie der Migrationspolitik zu begleiten, muss sie sich noch stärker für die Zivilgesellschaft einsetzen. Deutschland ist da mit seinen Stiftungen unbedingt ein Vorbild.

*Ein langfristiges Vorgehen* bedeutet auch, der Union für das Mittelmeer wieder Schwung zu verleihen, dieser vorausschauenden Initiative von Staatspräsident Sarkozy, die mit ihrer partnerschaftlichen Dimension eine privilegierte Einrichtung zur Stärkung der Solidarität und zur Umsetzung konkreter Projekte zwischen den Ländern auf beiden Seiten des Mittelmeers bildet. Wenn dieses Unterfangen sinnvoll ist, dann gerade jetzt, wo sich südlich unseres gemeinsamen Meeres neue, zum demokratischen Wandel entschlossene Regierungen formieren. Gerade wurde ein neuer Generalsekretär ernannt. Er hat sich bereits an die Arbeit gemacht. Nun ist es an uns, für das Zustandekommen wirkungsvoller Projekte in den Bereichen Energie, Verkehr, Umwelt oder Hochschulen zu sorgen, vor allem indem wir Gelder aus den Mitteln der Europäischen Nachbarschaftspolitik bereitstellen.

Gestatten Sie mir, bevor ich das Thema „arabischer Frühling“ abschließe, Ihnen meine tiefe Überzeugung zuteil werden zu lassen. Dieser weitreichende demokratische Umbruch bedeutet in meinen Augen eine historische Chance, um Fortschritte in der Beilegung der größten Krisen, die diese Region destabilisieren zu erzielen, allen voran des israelisch-palästinensischen Konflikts. Wie ich bereits gesagt habe und wie wir alle übrigens gesagt haben: Der Status quo ist weder akzeptabel noch tragbar. Es zeigt sich ganz klar: Die Annahme, dass es zu einer neuen Gewaltexplosion kommt, ist leider nicht wirklichkeitsfremd. Unser aller Ziel muss es sein, die Friedensverhandlungen auf der Grundlage ausgewogener Parameter wieder in Gang zu bringen. Das war auch der Sinn der französischen Initiative, die ich im Frühjahr den Konfliktparteien unterbreitet habe. Eine der Herausforderungen der Generalversammlung der VN besteht genau darin, den Weg für Verhandlungen zu öffnen und den Palästinensern zu ermöglichen, die Verwirklichung ihres legitimen Strebens nach einem Staat voranzubringen; das wird die beste Garantie für die langfristige Sicherheit Israels sein, die uns so wichtig ist. Es gilt also zu vermeiden, dass es in New York zur diplomatischen Konfrontation kommt. Die

Europäische Union kann hierbei eine wesentliche Rolle spielen, vorausgesetzt, sie bleibt geeint und aktiv und unsere beiden Länder setzen alle Hebel in Bewegung, um hierzu einen gemeinsamen Beitrag zu leisten. Nichts wäre schlimmer als eine Spaltung bei diesem Thema, bei dem es um Frieden und Gerechtigkeit in dieser Region der Welt geht.

Am 16. August haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Nicolas Sarkozy uns damit beauftragt, lieber Guido, die Elemente für eine gemeinsame Position vorzubereiten, zu der sich die 27 und die meisten unserer Partner, ich denke vor allem an die Länder der Arabischen Liga, in New York bekennen könnten. Ich wünsche mir, dass wir weiter aktiv daran arbeiten, damit wir, Du und ich, auch Ende der Woche beim Gymnich in Zopott zu diesem wichtigen Thema die Initiative ergreifen können.

**Die dritte Herausforderung, die unsere beiden Länder gemeinsam meistern müssen, besteht in der Fortführung des europäischen Projekts.**

Ich habe mit großem Interesse und mit Befriedigung dem zugehört, was Du vorhin gesagt hast, Guido, weil ich mich ganz genau in Deinen Worten wiedergefunden habe.

Wenn wir eine globale Rolle spielen und für unsere Ideen und Werte werben wollen, so haben wir die größten Chancen, das über die Europäische Union zu tun.

Man muss nicht betonen, dass wir in einer Welt leben, die sich in den letzten 20 Jahren radikal verändert hat. Wie ich oft sage, hat sich das Gravitätszentrum von Reichtum, Macht und machmal auch von Werten verschoben. Unser Westen, unser Europa zumindest, ist nicht mehr der Mittelpunkt der Welt, wie es jahrhundertlang war, das ist eine Tatsache. Und die einzig wahre Antwort auf diese radikale Veränderung der globalen Gleichgewichte ist natürlich im europäischen Projekt zu suchen. Heute höre ich in Frankreich hier und da von „Entglobalisierung“. Die geistige Vorstellungskraft jenseits des Rheins ist ungebrochen: Wie kann man die Wirklichkeit derart negieren und von Entglobalisierung sprechen, in einer Welt, in der die Globalisierung nicht einem Wunsch entspricht, sondern schlicht und einfach Realität ist; wir dürfen diese Globalisierung nicht leugnen, sondern müssen sie vielmehr zum Erfolg machen, und das können wir nur gemeinsam. Aus dieser Sicht fällt dem deutsch-französischen Paar ganz eindeutig eine entscheidende Rolle und eine besondere Verantwortung zu. Man wirft uns manchmal vor, wir würden gemeinsam Initiativen vor allen anderen ergreifen, aber wenn wir es nicht tun, dann wirft man uns das auch vor. Machen wir also komplexfrei weiter und spielen diese Rolle, die für die Zukunft des europäischen Projekts von zentraler Bedeutung ist.

Dies gilt selbstverständlich im Zusammenhang mit der Schuldenkrise, wo es in unserer Verantwortung und in unserem Interesse liegt, die Wirtschafts- und Währungsunion zu bewahren. Ich gehöre zu denjenigen, die sagen, dass die einzige Antwort auf die Krise „mehr Europa“ heißt und nicht Rückzug auf nationale Egoismen. Ich bin außerdem davon überzeugt, dass der Aufbau Europas eine Geschichte bewältigter Krisen ist und dass uns die Krise, die wir zurzeit durchschreiten, ermöglichen muss, eine neue Stufe in Sachen Einigung und Steuerung zu erreichen.

Unsere beiden Länder haben zusammen hart dafür gearbeitet, in dieser Sache zu gemeinsamen Initiativen und Vorschlägen zu gelangen. Ich möchte diesbezüglich die Entschlossenheit und das politische Engagement der Bundeskanzlerin sowie der gesamten deutschen Regierung würdigen. Im Grunde war der deutsch-französische Impuls ausschlaggebend für ganz entscheidende Fortschritte: Hilfsmechanismen für geschwächte Länder, eng verbunden mit einer Stärkung der Disziplin und der Koordinierung innerhalb des Euro-Währungsgebiets, aber auch mit einer stärkeren Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Währungspolitiken, im Sinne des engagierten Vorgehens, das mit dem Euro-Plus-Pakt und dem europäischen Semester eingeleitet wurde. Mehr Solidarität, mehr Verantwortung, mehr Integration: So machen wir gerade einen gewaltigen qualitativen Sprung in der Entwicklung des europäischen Projekts; und das bei Themen, die mit starken nationalen Befindlichkeiten besetzt

sind: Ich denke zum Beispiel an das Steuerwesen, das oft als Herzstück der nationalen Souveränität gesehen wird.

Wie Sie wissen, haben die Bundeskanzlerin und der Staatspräsident am 16. August in Paris neue Vorschläge vorgelegt. Diese Vorschläge haben natürlich eine europäische Dimension, mit dem Fortschreiten einer Wirtschaftsregierung für das Euro-Währungsgebiet, mit der Schuldenbremse für alle und einer Finanztransaktionssteuer. Aber sie haben auch eine bilaterale Dimension, und was Deutschland und Frankreich beschließen, gemeinsam zu unternehmen, hat wahrlich immer auch Modellcharakter. Ich denke an die Entscheidung, eine neue Etappe der Wirtschafts- und Finanzkonvergenz unserer beiden Länder einzuleiten, angefangen beim gemeinsamen Entwurf zur Unternehmenssteuer, der bei einem der kommenden Deutsch-Französischen Ministerräte vorgestellt und 2013 zum 50. Jahrestags des Elysée-Vertrags in Kraft treten soll. Wenn uns diese Reform gelingt – und wir werden es schaffen, sogar mehr als das –, dann wäre das ein ganz starkes politisches Symbol.

Auch in den Außenbeziehungen gilt es für uns, noch mehr zusammenzuarbeiten, um die Kohärenz, die Glaubwürdigkeit und die allgemeine Effizienz des Außenhandelns der Europäischen Union zu stärken und somit besser auf die Entwicklungen in der Welt einwirken zu können. Die neuen Institutionen des Lissabon-Vertrags – ein ständiger Ratspräsident, die Rolle des Hohen Vertreters, mit dem Catherine Ashton betraut wurde, die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes – sind wichtige Instrumente, um in dieser Richtung voranzukommen.

Dies gilt ganz besonders für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren großen strategischen Partnern wie China, Russland und die Vereinigten Staaten. Seit dem Europäischen Ratstreffen am 16. September 2010 haben wir mit Arbeiten begonnen, die darauf abzielen, unsere gemeinsamen Interessen besser zu bestimmen und zu vertreten und mit diesen strategischen Partnern Beziehungen zu entwickeln, die, insbesondere in Handelsfragen, auf Gegenseitigkeit basieren. Diese Anstrengungen müssen es uns ermöglichen, an unseren Prioritäten festzuhalten: Anpassung der Wechselkurse an die ökonomischen Realitäten, Schutz geistigen Eigentums, Verbesserung des Geschäftsklimas, Standards. Ferner gilt es, diese Überlegungen auch mit Blick auf unsere Beziehungen zu unseren anderen großen Partnern, vor allem Indien, Brasilien, Indonesien und Südafrika anzustellen.

Dies gilt ebenfalls für die Länder der Süd- und Ostnachbarschaft, für die wir eine besondere Verantwortung haben. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern – und das deutsch-französische Paar spielt dabei eine Vorreiterrolle – haben wir zahlreiche Herausforderungen in den Bereichen Migration, Umwelt, Wirtschaft und Handel zu meistern.

Es gilt auch für die Entwicklungsländer, insbesondere für Afrika, wo wir als 27 sichtbarer, effizienter und kohärenter auftreten müssen, um die Reformen voranzutreiben und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beizutragen.

In einer instabilen Welt, in der unsere bilateralen und multilateralen Partner hohe Erwartungen an uns Europäer richten, muss die Europäische Union ihre Rolle als Krisenmanager stärken. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung, wenn wir auf der internationalen Bühne bestehen wollen.

Hierin liegt die Zielsetzung der Initiative, die wir im Rahmen des Weimarer Dreiecks angestoßen haben, um der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) neuen Schwung zu verleihen – ausgehend von vier Schwerpunkten:

- die Schaffung ständiger zivil-militärischer Fähigkeiten zur Planung und Durchführung von Einsätzen der Europäischen Union;

- die Entwicklung europäischer Verteidigungskapazitäten durch die Gruppierung und gemeinsame Nutzung (*pooling and sharing*) unserer Mittel;
- die Verfügbarkeit der europäischen Gefechtsverbände für Einsatzzwecke;
- und schließlich die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO.

Die von der Hohen Vertreterin vorgelegten ehrgeizigen Vorschläge fanden beim Rat Auswärtige Angelegenheiten am 18. Juli 2011 quasi einstimmige Unterstützung der Mitgliedstaaten – quasi einstimmig. Unsere Zielsetzung lautet, bis zum Ende der polnischen Ratspräsidentschaft in all diesen Punkten zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

Gestatten Sie mir, in diesem Kontext einen wichtigen Punkt hervorzuheben. Frankreich hat mit den im Herbst 2010 in Lancaster House unterzeichneten Verteidigungsabkommen die weitreichende Entscheidung getroffen, Verteidigungskapazitäten gemeinsam mit Großbritannien zu nutzen („quasi“). Ich sage hier in Berlin, was ich bei meinem letzten Besuch in London bereits gesagt habe: Für uns schließen sich diese Verteidigungsabkommen und die Weimarer Initiative nicht gegenseitig aus. Sie ergänzen sich sogar. Als vollwertiges NATO-Mitglied seit der Rückkehr in die integrierte militärische Kommandostruktur im Jahr 2009 setzt unser Land darauf, dass die Europäische Union auch durch die konkrete Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit denen vorankommt, die das wirklich wollen: Und da ist wieder die Differenzierung, von der Du, mein lieber Guido, vorhin gesprochen hast: Wir müssen in dieser Richtung Fortschritte machen.

Meine Damen und Herren,

unsere außenpolitische Abstimmung, die beim Deutsch-Französischen Ministerrat am 4. Februar 2010 verabschiedete deutsch-französische Agenda 2020 – alles hält uns an, sie zu vertiefen, indem wir die Annäherung unserer diplomatischen Netzwerke zu einem vorrangigen Ziel erheben. Wir müssen darauf achten, dass die ständige Abstimmung zwischen unseren beiden Ministerien zu einem echten Automatismus für uns alle wird.

Sie setzen dies in Ihrer täglichen Arbeit um. Auf Ihrem jeweiligen Posten organisieren Sie gemeinsam mit Ihrem französischen Kollegen Treffen zwischen den Abteilungen sowie gemeinsame Besuche, und Sie bemühen sich um ein gemeinsames Vorgehen. 2010 wurde ein gemeinsamer Ausbildungsgang für junge deutsche und französische Diplomaten eingerichtet, eine sehr schöne Initiative. Die gegenseitige Vertretung für Schengen-Visa wurde ebenfalls eingerichtet. Wir müssen weitere Schritte unternehmen. Abgesehen von ersten Projekten zur gemeinsamen Anmietung und Nutzung von französischen und deutschen Botschafts- und Konsulargebäuden (in Seoul, Kuwait, Dhaka und Rio de Janeiro) sowie von rund 20 Mietkooperationen von deutschen und französischen Kulturzentren und -instituten, gilt es vor allem, in den jeweiligen Posten weitere Synergien in Verbindung mit den Delegationen der Europäischen Union zu entwickeln und die Rolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes zu stärken. Ich weiß, wie schwer Gewohnheiten wiegen und wie schwierig es manchmal ist, Strukturen zu bewegen, dazu muss aber der politische Wille da sein: Ich weiß, dass Du diesen Willen hast, also werden wir vorankommen.

Treu ihren Verpflichtungen, die General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer besiegelt haben, gestärkt durch eine aus den Prüfungen vergangener Jahrhunderte geschmiedeten Freundschaft – denn es geht zwischen uns nicht um Partnerschaft, es geht um Freundschaft –, geleitet von Bestrebungen auf der Grundlage gemeinsamer Werte und eines gemeinsamen humanistischen Denkens, haben es unsere beiden Länder stets vermocht, ihre Kräfte im Dienste des europäischen Projekts sowie anderer großer Herzensangelegenheiten zusammenzuführen. Die Welt hat sich verändert, unsere Länder haben sich verändert, aber das Ziel ist dasselbe. Der 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags, den wir 2013 feiern, wird uns Gelegenheit geben, neue Perspektiven für die deutsch-französischen Beziehungen zu eröffnen

und unsere beiden Ministerien anzuregen, ihre Zusammenarbeit noch weiter zu vertiefen. „Brüder in der Vergangenheit, Brüder in der Gegenwart, Brüder in der Zukunft“ (Victor Hugo in *Der Rhein*), mögen wir uns des Erbes als würdig erweisen, das uns vermacht wurde, und gemeinsam weitsichtige Antworten auf die Herausforderungen finden, die vor uns liegen.

Ich danke Ihnen.